

schreibt: „Das Schicksal von Z. ist leider unbekannt“ (S. 147). Ethische Bedenken könnte die Entscheidung des Autors hervorrufen, jeweils den vollständigen Namen der erwähnten Personen zu nennen, unabhängig davon, ob es um Täter, Opfer, *bystander*, Todesopfer oder eventuell noch lebende Menschen geht.

Trotz dieser kleinen Monita liefert P. mit seiner mikrohistorischen Betrachtung relevante Erkenntnisse, die Aussagen zur Struktur des gesamten Besatzungssystems erlauben. So offenbart die Studie die Ambivalenzen des Begriffes „Intelligenz“, den die Besatzer sehr breit verstanden und beliebig erweitert haben. Wie der Vf. in seiner Zusammenfassung feststellt, stammte ein Drittel der bei der „Intelligenz-Aktion“ festgenommenen Polinnen und Polen aus dem Arbeitermilieu. Das hier rezensierte Buch kann somit als wichtiger Beitrag auch zur Sozialgeschichte der Besatzungsherrschaft betrachtet werden.

Halle

Katarzyna Woniak

Catholic Church in Lower Silesia against Communism (1945–1974). Hrsg. von Kazimiera Jaworska. (Eastern and Central European Voices, Bd. 4.) Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2021. 280 S., Ill. ISBN 978-3-525-57337-2. (€ 85,-)

Angesichts der Fülle an Literatur über die Nachkriegsgeschichte Schlesiens könnte der Eindruck entstehen, dass dieses Geschichtskapitel minutiös erforscht worden sei. Dieses Urteil ließe sich scheinbar auch auf die Lage der katholischen Kirche in Niederschlesien ausweiten, da sich die polnischen (Kirchen-)Historiker sehr ausführlich mit dem Aufbau kirchlicher Strukturen im Erzbistum Breslau befasst haben. Die tatkräftige Aufbauleistung des aus Oberschlesien stammenden Oberhirten Bolesław Kominek, seit 1956 als Weihbischof in Breslau (Wrocław), seit 1962 Titularerzbischof, 1972 zum ersten Erzbischof der neuen, polnischen Erzdiözese ernannt, 1973 zum Kardinal kreiert, ist in der Fachliteratur bereits sehr gut ausgearbeitet worden. Dennoch lässt sich die eingangs gestellte Hypothese nach der Forschungsüberfülle nicht aufrechterhalten, wie die vorliegende Publikation beweist.

Das von der an der Päpstlichen Theologischen Fakultät in Breslau lehrenden Professorin Kazimiera Jaworska, einer Spezialistin im Bereich der Nachkriegsgeschichte der katholischen Kirche in Niederschlesien, vorgelegte Sammelwerk arbeitet die Aufbauleistung des polnischen Klerus auf. Diese Pionierarbeit musste unter widrigen Umständen geleistet werden. Wie der Titel bereits signalisiert, befand sich die Kirche im steten Kampf gegen das sozialistische Regierungssystem. Während die deutsche Bevölkerung nahezu gänzlich vertrieben worden war, wurde in diese polnischen „Westgebiete“ zwangsumgesiedelte Bevölkerung aus den polnischen Ostgebieten, insbesondere aus dem Umland Lembergs (L'viv, Lwów), nach Schlesien transferiert. Der polnische Klerus musste gegen zahlreiche Widerstände kämpfen: Die zerstörte Gebäudeinfrastruktur musste wiederhergestellt werden, das sozialistische Regime bemühte sich, in diesen Gebieten eine neue, säkulare Gesellschaft aufzubauen. Schließlich musste sich die Kirchenleitung auch Ängsten innerhalb der Bevölkerung und selbst des Klerus stellen, denn angesichts des staats- und kirchenrechtlichen Provisoriums rechnete die polnische Bevölkerung stets mit der Rückkehr der Deutschen. Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass die Oder-Neiße-Linie ers

t 1991 als völkerrechtliche Staatsgrenze anerkannt wurde (der 1970 von der Regierung Brandt unterzeichnete Warschauer Vertrag war hingegen keine völkerrechtliche Grenzankennung), während die deutschen Ostdiözesen bis 1972 als zu Deutschland zugehörig galten. Gemäß den Bestimmungen des Reichskonkordats von 1933 durfte der Heilige Stuhl deutsche Diözesen nicht einseitig aufheben bzw. deren Grenzen verändern, ohne eine ausdrückliche Genehmigung der Reichsregierung (nach 1949: der Bundesregierung) eingeholt zu haben. Erst der im Mai 1972 vom Deutschen Bundestag ratifizierte Warschauer Vertrag galt als eine Zustimmung der Bundesregierung zur Neuzirkumskription der Bistumsgrenzen. Damit waren die polnischen Oberhirten in Breslau bis 1972 lediglich Administratoren, d. h., sie verfügten nicht über die

Jurisdiktionskompetenzen eines Ortsbischofs (Erzbischofs), sondern waren lediglich interimistische Verwalter im Rang eines Weihbischofs. Zwischen 1945 und 1972 blieb der erzbischöfliche Stuhl in Breslau somit kirchenrechtlich unbesetzt. Damit waren die kirchlichen Hierarchen der kommunistischen Propaganda ausgesetzt, die sie als antipolnische Agitatoren verunglimpft.

Der Sammelband untersucht unterschiedliche Aspekte des kirchlichen Lebens in Niederschlesien. Der gewählte Zeitrahmen bewegt sich entlang der Amtszeit der ersten drei polnischen Breslauer Oberhirten: des Apostolischen Administrators Karol Milik (1945–1951), des Kapitelsvikars Kazimierz Lagosz (1951–1956) und des Weihbischofs/Titularerzbischofs Bolesław Kominek. Mit dem plötzlichen Tod Komineks 1974 schließt die Publikation ab.

Die größte Stärke des vorliegenden Buches ist die quellenbasierte Vorgehensweise der sechs Beiträge. Die Hrsg. und ihre fünf Mitautoren, namhafte Spezialisten aus dem Bereich der Kirchengeschichte, haben umfangreiches Quellenmaterial, überwiegend aus staatlichen Archiven, ausgewertet und präsentieren neue Detailerkenntnisse zu den Staat-Kirche-Beziehungen und zu den von den Oberhirten umgesetzten Maßnahmen.

Zunächst untersucht der Kirchenhistoriker und emeritierte Bischof von Gleiwitz, Jan Kopicz, den Kampf des stalinistischen Regimes unter Parteichef Bolesław Bierut gegen die katholische Kirche in Niederschlesien. Zu den Tiefpunkten dieser Auseinandersetzung gehörte die Verhaftung und Internierung des Primas Stefan Kardinal Wyszyński und die Zwangseinsetzung regimetreuer Kapitelsvikare, u. a. von Kazimierz Lagosz in Breslau. Daran schließt sich die Untersuchung von Jaworska an, die sich mit Komineks Tätigkeit 1956–1974 beschäftigt. Grzegorz Sokołowski, ebenfalls Breslauer Fakultätsprofessor, zeigt minutiös auf, wie schwierig der Aufbau der Theologischen Fakultät in Breslau war. Am Beispiel des Männerordens der Salvatorianer, der in Trebnitz (Trzebnica) seine seelsorgerische Tätigkeit aufnahm, greift der Salvatorianerprofessor Bogdan Gienza in seiner Studie ein von der Forschung wenig beachtetes Thema auf: die staatlichen Repressionen gegen die katholischen männlichen Ordensgemeinschaften in Niederschlesien, die sich in besonderer Weise um den Neubau von Kirchen verdient gemacht haben. Als Pendant untersucht die Lubliner Historikerin Agata Mirek die Situation der dortigen Frauenorden, die in der stalinistischen Epoche (1945–1956) ähnlichen Repressionen ausgesetzt waren. Dabei verlässt die Autorin die Grenzen Niederschlesiens und weitet ihren Blick auch auf den oberschlesischen Teil der Oppelner Umgebung aus. Den Abschluss bildet eine religionspädagogische Studie von Krzysztof Borecki über die schwierige Organisation des katholischen Religionsunterrichts, der nicht an Schulen, sondern in den Pfarrräumen erfolgen musste und ebenfalls Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt war.

Die Herausgabe des Sammelbandes in einem deutschen Verlag zeugt von der Absicht, dieses Thema auch einem Publikum außerhalb Polens zugänglich zu machen. Angesichts der Detailfülle der Studien, der Publikation auf Englisch und des hohen Kaufpreises wird das Buch eher bei Schlesienhistorikern auf Interesse stoßen. Dabei prägt das polnische Narrativ die historische Interpretation insbesondere in den strittigen Punkten, die nur angedeutet werden. Die kirchenrechtliche Legalität der Amtshandlung von Primas Hlond im Sommer 1945, einen polnischen Apostolischen Administrator in Breslau einzusetzen, obwohl der deutsche Kapitelsvikar Ferdinand Piontek der ordnungsgemäße Interimsnachfolger des verstorbenen Erzbischofs Adolf Bertram war, wird auf beiden Seiten der Oder und Neiße bis heute unterschiedlich bewertet. Der Heilige Stuhl hatte diesbezüglich eine klare Position vertreten. So reicht es nicht, beschönigend festzustellen: „the German circles, which did not accept the political and demographic changes and cherished hopes that the Polish administration of these territories was only provisional“ (S. 14 f.). Ähnlich verhält es sich mit der als unumstößlich geltenden und auch bei J. aufscheinenden Deutung der Absichten Komineks, der 1965 den berühmten Bischofsbrief initiierte, dass sein Veröhnungswille mit dem deutschen Volk im Vordergrund gestanden habe. Ohne Kominek eine konziliante Haltung absprechen zu wollen, darf die realpolitische Situation nicht

außer Acht gelassen werden. Angesichts der schwierigen Lage der Kirche war Primas Wyszyński an einer Aussöhnung nicht interessiert. Kominek überzeugte den Primas, die deutschen Bischöfe für die polnische Haltung zu gewinnen, mit dem Argument, dass ohne die Zustimmung des einflussreichen deutschen Episkopats die Revision der deutschen Ostpolitik nicht möglich sei. Ohne die Genehmigung der deutschen Bundesregierung war eine Neuzirkumskription der Bistumsgrenzen ausgeschlossen.

Trotz manch einseitiger Position lädt die vorliegende Publikation zu weiterer Debatte ein. Damit bietet sie eine solide Grundlage für die Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte.

Greifswald

Gregor Ploch

Gaëlle Fisher: Resettlers and Survivors. Bukovina and the Politics of Belonging in West Germany and Israel, 1945–1989. (Worlds of Memory, Bd. 3.) Berghahn. New York – Oxford 2020. 291 S. ISBN 978-1-78920-667-8. (\$ 149,-)

Der Theorie nach reflektiert die Erinnerungskultur von (Teil-)Gesellschaften die interessenabhängige und daher sich wandelnde Sicht auf Vergangenes. Die hier zu besprechende Arbeit widmet sich im Kern der Erinnerung an die historische Region Bukowina bei deutschen und jüdischen Menschen, welche die Bukowina zwischen 1940 und ungefähr 1945 im Kontext von organisierter Umsiedlung, Vernichtungspolitik, Flucht und Abschiebung verlassen mussten und später in der Bundesrepublik Deutschland bzw. in Israel ein neues Zuhause fanden. Gaëlle Fisher will erklären, wie sich die Erinnerungskultur(en) von der Fokussierung auf die eigene Opferrolle (Holocaust, „Vertreibung“) hin zum inklusiven Narrativ von der Bukowina als Ort sprachlich-kultureller Vielfalt und Toleranz entwickelte. Diese Entwicklung wird mit der Befindlichkeit, dem öffentlichen Handeln der ehemaligen Bukowiner:innen sowie gesamtgesellschaftlichen Trends in den beiden Ländern und geopolitischen Rahmenbedingungen in Beziehung gesetzt.

Die Autorin stützt sich auf historiografisches Material aus wissenschaftlichem und landsmannschaftlichem Milieu, auf persönliche Dokumente Betroffener wie z. B. Briefe, auf Dokumente zur Tätigkeit der Landsmannschaften (inkl. Zeitschriften) und staatlicher Behörden sowie auf verschiedene Äußerungen von mit diesen Gruppen verbundenen Intellektuellen (Schriftsteller:innen, Wissenschaftler:innen etc.) und Funktionär:innen. Nach theoretischen Vorbemerkungen und einem Rückblick auf die Bukowina vor und unmittelbar nach den Verwerfungen der Jahre 1940–1945 wird die Stellung von Bukowiner:innen in den Gesellschaften der Bundesrepublik und Israels sowie von Bukowiner Juden und Jüdinnen in Rumänien nach 1945 beleuchtet. Zentrale Fragen sind dabei, ob aus zeitgenössischer Sicht jüdische Menschen aus der Bukowina im kulturellen Sinne Deutsche waren und warum die Bukowina-Bilder bei Umsiedlern (Deutschen) und Überlebenden (Juden) schließlich konvergierten.

F. zieht in ihrer Studie das Fazit, dass sich Bukowiner:innen in der Frühphase ihrer Entwicklung in den beiden Aufnahmeländern Bundesrepublik Deutschland und Israel betreffend Selbstdefinition und Zugehörigkeit von den einstigen Landsleuten abgrenzten. So wurden Bukowiner Juden und Jüdinnen wie auch weitere sprachlich-kulturell definierte Gruppen der Bukowina in (heimat)geschichtlichen Publikationen der in der Bundesrepublik ansässigen Buchenlanddeutschen und in aktuellen Stellungnahmen ihrer Funktionär:innen kaum erwähnt.

Als in der Bundesrepublik die Frage auftauchte, ob auch Personen jüdischer Abstammung nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG) von 1953 anspruchsberechtigt seien, äußerten sich Vertreter von Bukowina-Deutschen ablehnend. Diese Haltung und die damit, in der ersten Hälfte des Kalten Krieges, verbundenen Narrative verloren allerdings in den 1960er Jahren an Kraft. Gründe dafür waren der Wandel in der Bundesrepublik (die 1968er Bewegung; der Aufstieg der Sozialdemokratie; der Generationenwechsel; die zunehmende Anerkennung kollektiver Verantwortung für den Holocaust) und die gelungene Integration der Neuankömmlinge als vollwertige Bürger:innen in beiden Staaten. Folglich